

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Delia Klages (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung

Förderung des Umweltministeriums für das Motorradlärm-Projekt in Holzminden (Teil 2)

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Delia Klages (AfD), eingegangen am 19.05.2023 - Drs. 19/1426
an die Staatskanzlei übersandt am 23.05.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 26.06.2023

Vorbemerkung der Abgeordneten

Wie das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz am 06.04.2023 mitteilte, hat Umweltminister Christian Meyer am selben Tag „ein Projekt zum Motorradlärm der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Bevern im Landkreis Holzminden besucht. Das Projekt ‚Gegen Motorradlärm und zur Entwicklung kommunaler Lärminderungs-Konzepte‘ wird vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz mit 10 000 Euro gefördert.“¹ Im Internet findet sich ein Auftritt des „Bundesverbands gegen Motorrad-Lärm“ - www.motorradlaerm.de - mit dem Logo des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz als Förderer². Die Verlinkung führt ihrerseits nicht zur Hauptseite des Ministeriums, sondern zu einem älteren Artikeleintrag über Schallschutz aus den Jahren 2011/2020³. Der Projektträger von www.motorradlaerm.de betreibt auf der Internetseite ein deutschlandweites Meldeportal für sogenannte Motorrad-Lärm-Hotspots. Dieses Portal wurde ursprünglich von der Berliner Zeitung *taz* und dem BUND Arbeitskreis Motorradlärm im Rems-Murr-Kreis initiiert und wird seither von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) unterstützt⁴.

Vorbemerkung der Landesregierung

Das Thema Motorradlärm und Schutz der Anwohner*innen von besonders intensiv befahrenen Strecken war in der vergangenen Wahlperiode immer wieder Thema im Landtag. So förderte etwa das Wirtschafts- und Verkehrsministerium Lärmdisplays für die Kommunen.

Über die politische Liste von SPD und CDU wurden für den Doppelhaushalt 2022/2023 jeweils 50 000 Euro zur Förderung eines Projektes im Zusammenhang mit Motorradlärm zur Verfügung gestellt. Die Deutsche Umwelthilfe e. V. hat am 24.05.2022 einen Zuwendungsantrag beim Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz auf Förderung eines Projektes eingereicht.

Das Projekt setzt sich aus drei Komponenten zusammen:

1. Aufbau und Pflege einer Internetseite als Wissensbasis,
2. Vernetzung und Verbreitung durch Öffentlichkeitsarbeit (Durchführung einer Fachveranstaltung in Niedersachsen),

¹ <https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/umweltministerium-unterstutzt-projekt-gegen-motorradlarm-mit-100-000-euro-221277.html>

² <https://motorradlaerm.de/>

³ <https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/larmschutz/schutz-vor-larm-89061.html>

⁴ <https://taz.de/Schwerpunkt-Motorradlaerm/!t5613160/>

3. Initiierung und Unterstützung eines Pilotprojekts in Niedersachsen.

Ziel ist es, verkehrspolitischen Bürgerinitiativen Know-how, Forschungsergebnisse und Lösungsansätze gebündelt und leicht verfügbar auf einer zentralen Internetseite zur Verfügung zu stellen. Bewilligt wurde das Projekt in der letzten Legislaturperiode am 14.07.2022.

1. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass es sich bei dem Kooperationspartner des „Bundesverbands gegen Motorrad-Lärm“ um die DUH handelt, deren vereinsrechtlicher Gemeinnützigkeitsstatus mittlerweile politisch umstritten ist?

Die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) ist für dieses Projekt Antragsteller und Projektkoordinator. Der „Bundesverband gegen Motorradlärm“ ist innerhalb dieses Projektes ein Umsetzungspartner. Der vorgelegte Antrag wurde zuwendungsrechtlich geprüft. Auf die Antworten zu den Fragen 2, 3 und 6 des Teils 1 der Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung in der Drucksache 19/1401 wird insoweit verwiesen. Dabei gab es keine fachlichen Zweifel an der DUH was die Umsetzung des Antrags betrifft. Bei der Auswahl eines Zuwendungsempfängers gilt der verfassungsrechtliche Gleichheitsgrundsatz.

2. Hat es zwischen Vertretern des Ministeriums und der DUH Gespräche gegeben, die im Zusammenhang mit der Bewerbung oder Förderzusage standen?

Nachdem die erste Projektskizze dem Ministerium vorgelegt worden war, hat es im Rahmen der Vorbereitung des Antrages und auch noch vor der Bewilligung des Antrages durch einen Zuwendungsbescheid (vgl. auch Frage 3 des Teil 1 der Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung in der Drucksache 19/1401) Gespräche gegeben, die im Rahmen einer Projektbewilligung üblich sind, z. B. Nachfragen oder die Klärung von Details.

3. Der Internetauftritt des „Bundesverbands gegen Motorrad-Lärm“ nennt im Impressum einen Verantwortlichen des VAGM e. V. in Stuttgart, der zugleich Sprecher des „Arbeitskreises Motorradlärm“ beim BUND Baden-Württemberg ist. Wie bewertet die Landesregierung die personelle Überschneidung und die indirekte Beteiligung des BUND an dem Gesamtprojekt?

Der BUND ist eine anerkannte Naturschutzvereinigung nach § 63 BNatSchG und ein als zuverlässig bekannter Projektpartner der Landesregierung. Insofern wurde eine Beteiligung des BUND ausdrücklich begrüßt. Die Nähe zum BUND wurde im Projektantrag erwähnt und war daher bei der Bewilligung dem Ministerium bekannt.

4. Gibt es personelle Verbindungen, die zwischen den Projektverantwortlichen im Weserbergland und anderen Initiativen bestehen, die der Programmarbeit von Bündnis 90/Die Grünen entsprechen, etwa der „Bürgerinitiative atomfreies Dreiländereck“?

Etwaige personelle Verbindungen zwischen den Projektverantwortlichen im Weserbergland und anderen Initiativen sind im Rahmen der Projektförderung nicht von Bedeutung und werden von der Landesregierung daher nicht geprüft.

5. Welche Personen aus den Leitungen der beteiligten Projektvereine oder Organisationen sind zugleich Mitglieder der Partei Bündnis 90/Die Grünen?

Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.

6. Welche Mittelverwendung ist für die Fördersumme von 100 000 Euro vorgesehen? Welche Ergebnisse sind in welchem Zeitrahmen vom Projektträger zu erbringen?

Durch das Projekt sollen folgende Arbeitspakete (AP) bearbeitet werden: der Aufbau und die Pflege einer Internetseite als Wissensbasis (AP1), die Vernetzung von Betroffenen und Initiativen durch eine Online-Plattform (moderierter Blog), Erstellung von Informations- und Unterstützungsmaterial zum Download sowie die Durchführung einer Informationsveranstaltung in Niedersachsen (AP2), die Initiierung und Unterstützung eines Pilotprojektes mit Lärmschutzmaßnahmen für eine Kommune in Niedersachsen (AP3), Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (AP4) sowie für das Projektmanagement und das Monitoring (AP5). Der Durchführungszeitraum ist vom 15.07.2022 bis zum 31.12.2023.

7. Wie bewertet die Landesregierung die Kampagnen von Organisationen wie der Deutschen Umwelthilfe (DUH) oder „Letzte Generation“, die teils mit Verbands- und Klimaklagen, teils mit Forderungen nach schärferen technischen Auflagen, teils mit Verkehrsblockaden den Fahrzeugverkehr einzuschränken beabsichtigen?

In einer demokratischen Gesellschaft gibt es unterschiedliche Formen der Beteiligung am politischen Diskurs. Dazu gehört vor allem die Nutzung von Klagemöglichkeiten in einem Rechtsstaat oder die Forderung nach schärferen technischen Auflagen.

8. Plant das Ministerium, die politischen Gespräche hinsichtlich des Motorrad-Individualverkehrs auch mit anderen Akteuren und Verkehrsteilnehmern zu führen, damit diese sich in den Meinungsbildungsprozess einbringen können?

Der Zuwendungsbescheid für das fragliche Projekt enthält die Nebenbestimmung, dass auch die Interessen anderer Akteure und Verkehrsteilnehmer, insbesondere von Motorradfahrenden, berücksichtigt werden müssen. Die Internetseite (AP1) ist als Plattform angelegt, die dem (moderierten) Austausch aller Meinungen und Interessen dient. Damit sollen der Austausch und das wechselseitige Verständnis zwischen Motorradfahrenden und Anwohnenden gefördert werden. Auch die Vernetzungsveranstaltung (AP2) soll so ausgerichtet werden, dass auch andere Akteure Möglichkeiten erhalten, sich mit ihren Interessen und Positionen in die Diskussion einzubringen.